Pierre Larrouturou, Ökonom, ist Leiter des von den frz. Grünen ("Europe Ecologie –les Verts") eingerichteten Arbeits-Diskussionsforums.

In Frankreich wird nicht weniger als anderswo gearbeitet

Wahrscheinlich ließ sich der Sozialist Manuel Valls vor seiner Aussage, auch in Frankreich müsse wieder mehr als 35 Stunden in der Woche gearbeitet werden, einfach zu wenig Zeit zum Nachdenken. Valls versuchte jedenfalls nicht, die seit einigen Jahren in Frankreich und in unseren Nachbarländern in Gang befindliche Revolutionierung der Arbeitswelt zu begreifen.

In Deutschland war die 2009-er Rezession doppelt so heftig wie in Frankreich. Zur Vermeidung der Entlassung von ca. 20% der Beschäftigten der von der Krise betroffenen Belegschaften, richtete die Regierung Merkel auf Drängen der Gewerkschaften das Instrument der Kurzarbeit ein. Betriebliche Lohnkürzungen konnten durch staatliche Einkommens-Ausgleichszahlungen aufgefangen werden.

Dank dieser Kurzarbeit war auf dem Höhepunkt der Krise die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland fünf Mal geringer als in Frankreich. Hätte die französische Regierung in der Krise wie die deutsche gehandelt und nicht auch noch zusätzliche Überstunden als Krisenbewältigungsmaßnahme empfohlen, wären heute rund eine Million mehr Franzosen in Arbeit.

Nach einer Veröffentlichung des frz. Statistischen Zentralamts Insee aus dem Jahr 2010 betrug die faktische durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Frankreich 37,8 Stunden (41 Stunden Vollzeitarbeit und 22,8 Stunden Teilzeitarbeit). In den meisten französischen Unternehmen besteht daher heute bei den Vollzeitjobs - geleistete Überstunden eingerechnet - faktisch eine 40-Stunden-Woche.

1978 kam die vom damaligen Ministerpräsidenten Raymond Barre eingesetzte Giraudet-Kommission zum Ergebnis, die Arbeitszeit solle (zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) um 10% gesenkt werden. Im Jahr 1995 empfahl auch die von Eduard Balladur ins Leben gerufene Boissonnat-Kommission, die Arbeitszeit um 20% bis 25% zu senken - aber 15 Jahre später arbeiten die Franzosen mehr als 39 Wochenstunden und der Sozialist Manuel Valls empfiehlt ihnen, noch mehr zu arbeiten...

Von 1900 bis 1970, in Zeiten relativ langsam steigender Arbeitsproduktivität, halbierte sich die wöchentliche Arbeitszeit, man gelangte von der 7-Tage-Woche zur 6- und dann zur 5-Tagewoche und gewährte den Arbeitnehmern noch 5 Wochen bezahlten Jahresurlaub.

Aber seit den 1970-er Jahren, in Zeiten riesig wachsender Arbeitsproduktivität, ist die französische Gesellschaft unfähig, ihren sozialen Gesellschaftsvertrag weiter zu entwickeln. Zwar gewann man durch Jospins Einführung der gesetzlichen 35-Stunden-Woche in größeren Unternehmen einige Wochenstunden, aber grundsätzlich blieb man bei der 5-Tage-Woche und einer Wochenarbeitszeit um die 39 Stunden, was für eine Unvernunft!

Anstatt alle vom Wirtschaftswachstum profitieren zu lassen, führten die kolossalen Produktivitätsgewinne zu keiner organisierten Arbeits-Neuverteilung. Heute gibt es auf der einen Seite volle Wochenstundenzahl arbeitende Arbeitnehmer, auf der anderen Seite (offiziell) mehr als 3 Millionen Arbeitslose mit 0 Wochen-Arbeitsstunden. Daneben die Masse der in prekären 20 Wochenstunden-Beschäftigungsverhältnissen Arbeitenden, insbesondere Frauen.

Diese unorganisierte Markt-Wildwest-Arbeitsverteilung nutzt den Aktionären: welcher Arbeitnehmer könnte bei so viel bestehender Arbeitslosigkeit Lohnforderungen stellen? In vielen Unternehmen bestehen Lohnverhandlungen in der bloßen Übermittlung der Botschaft, wem sein Lohn nicht passe, der solle sich anderweitig umschauen.

In allen Ländern ist die Lohnquote in den letzten 30 Jahren gefallen. In den 15 reichsten OECD-Ländern betrug Ende der 1970-er Jahre der Anteil der Löhne am Sozialprodukt noch durchschnittlich 67% und fiel dann innerhalb von 30 Jahren auf 57%. In Währungseinheiten ausgedrückt entgingen den Arbeitnehmern rund 35 000 Milliarden Euro Lohneinkommen, 35 000 Milliarden Euro, die in die Taschen der Aktionäre flossen.

Es ist vollkommen klar, warum der neoliberale Flügel des frz. Arbeitgeberverbandes Medef und der neoliberale Flügel der Regierungspartei UMP die 35-Stundenwoche vollends abschaffen wollen: die aktuell praktizierte Form der Verteilung von Arbeit und Einkommen entspricht voll ihren Interessen bzw. den Interessen ihrer Klientel.

Wir französischen Grünen sind der Meinung, dass die Debatte um die 35-Stundenwoche Besseres verdient als die Debattenkarikatur, die uns seit Jahren vorgeführt wird. Niemals wurde behauptet, die 35-Stundenwoche allein sei die Wunderwaffe für die Lösung aller Probleme der französischen Gesellschaft. Begleitend muss in den Wohnungsbau und eine vernünftige Energiepolitik - die Entwicklung Erneuerbarer Energien - investiert werden, mehr öffentliche Dienstleistungen für die Kleinkinderzeit sind anzubieten, die Steuerpolitik muss überdacht, Forschung und Förderung mittelständischer Unternehmen müssen entwickelt werden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist zwar nur ein Hebel unter anderen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, aber dieser Hebel ist der stärkste!

Eine Studie des Arbeitsministeriums aus dem Jahr 1997 verdeutlicht, dass eine Entwicklung hin zur 4-Tage-Woche in der Lage wäre, rund 1,6 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Welche andere Reform-Maßnahme kann mehr als 1 Million neue Arbeitsplätze schaffen?

Im Programm zur "Schaffung tatsächlicher Egalität" vom Dezember 2010 erwähnt die Sozialistische Partei PS mit keinem Wort die Arbeitszeit-Problematik. Stattdessen schlägt sie im Kapitel Beschäftigung einen Maßnahmenkatalog zur beruflichen Eingliederung von 150 000 minder qualifizierten Jugendlichen vor. 150 000 Arbeitslose weniger sind sicher ein sehr lobenswertes Ziel - aber wir haben in Frankreich faktisch zurzeit mehr als 4 Millionen Arbeitslose und nicht alle sind jung und nicht alle sind beruflich minder qualifiziert.

Der mächtigste Hebel zur Senkung der Arbeitslosigkeit ist und bleibt die Senkung der Arbeitszeit (Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit). Die Erwägung dieser Ziel führenden Maßnahme gibt auch Aufschluss über die Sicht der Gesellschaft: sieht man die Menschen als Masse stupider Individuen, die sich mit Slogans an der Nase herum führen lassen oder begreift man die Gesellschaft als Gemeinschaft freier und mitdenkender Bürger, die sich bewusst an der Gestaltung der Zukunft beteiligen wollen?

Manuel Valls Auslassungen zur 35-Stundenwoche können jedenfalls nur einen Sinn haben: die Eröffnung der Arbeitszeit-Debatte, also steigen wir in diese Debatte ein!